

# Haushaltsrede Freie Wähler für den Haushalt 2012

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
meine Damen und Herren,

vor ca. 8 Monaten hatten wir dieses Jahr schon einmal Gelegenheit, die haushaltspolitische Erklärung der Fraktionen abzugeben. Dank der wirtschaftlichen Entwicklung ist der Haushaltsplan für das Jahr 2012 für uns nicht die eigentliche Herausforderung. Dies darf uns jedoch nicht dazu verleiten, die Hände in den Schoß zu legen, denn spätestens ab dem Jahr 2014 zeigt die mittelfristige Finanzplanung erhebliche Deckungslücken auf, und dies bei der seitens der Verwaltung geplanten Zunahme der kommunalen Verschuldung, welche im Planjahr 2012 von 68 Millionen Euro auf ca. 75 Millionen Euro ansteigen wird und im Jahr 2014 voraussichtlich 85 Millionen Euro betragen wird.

Dies alles lässt uns nicht gerade zuversichtlich in die Zukunft blicken.

Das Regierungspräsidium Stuttgart führt im Erlass zum Haushalt 2011 dazu aus: „Um die Handlungs.- und Entscheidungsspielräume innerhalb der kommunalen Selbstverwaltung nachhaltig zu sichern, werden weitere tiefgreifende Einschnitte in die bestehenden Strukturen und Standardabsenkungen notwendig werden.“

Anfang dieses Jahres hatten wir eine durchaus schwierige Konsolidierungsrunde mit nennenswertem Erfolg hinter uns gebracht. Insgesamt relativiert sich das Ganze jedoch durch steigende Personalkosten und die Entwicklung der Energiekosten.

Der Großteil der im Haushaltsplanentwurf bis 2014 anfallenden zusätzlichen Verschuldung ist dem Ausbau der Kinderbetreuung für die unter 3-jährigen zuzuordnen. Bundes- und Landespolitik haben hier zwar eine durchaus sinnvolle Maßnahme angeordnet, waren jedoch nicht bereit, für die Kosten aufzukommen.

Mittlerweile hat zwischen der Landesregierung und den Kommunen eine Einigung unter Zugrundelegung des Konnexitätsprinzips stattgefunden.

Wir begrüßen, dass sich das Land ab 2014 mit 68% an den laufenden Kosten der Kinderbetreuung beteiligen will.

Das Gebot der Stunde lautet auch für uns Haushaltskonsolidierung.

Hierzu gibt es im Wesentlichen zwei Wege:

1. Verminderung von Ausgaben
2. Erhöhung der Einnahmen

## **1. Verminderung der Ausgaben:**

Ich möchte an dieser Stelle Manfred Rommel, den früheren Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Stuttgart zitieren, der an vergleichbarer Stelle zum Realismus aufgerufen hat. Er sagte:

„Sparen heißt, Geld, das man hat, nicht auszugeben. Bei uns geht es aber darum, Geld, das wir nicht haben, nicht auszugeben, und das nennt man Realismus.“

Wir Freien Wähler erachten es vor diesem Hintergrund als notwendig, und hierauf haben wir bereits in unserer letzten haushaltspolitischen Erklärung hingewiesen, dass ein Wirtschaftsprüfungsunternehmen mit kommunaler Kompetenz Aufgabenbereiche und Organisation der Verwaltung unter Kostengesichtspunkten überprüft.

Dies wurde im übrigen vom Gemeinderat im Rahmen der Haushaltsverabschiedung für das laufende Jahr auch so beschlossen. Es wäre schön, wenn die Verwaltung insoweit die Beschlusslage umsetzen anstatt aussitzen würde.

Wir sehen hier für einen ersten Schritt ein Sparpotenzial aus der Überprüfung und der daraus folgenden Reorganisation des Baubetriebshofes.

In diesem Zusammenhang beantragen wir, anstehende Fahrzeuersatzbeschaffungen soweit möglich hinauszuschieben, und den im Planentwurf vorgelegten Kostenansatz von ca. 440.000 Euro auf 220.000 Euro zu halbieren.

Ein weiteres Einsparpotenzial sehen wir darin, die geplante Sanierung der Gerlingerstrasse, einer reinen Anwohnerstrasse, in die Zukunft zu verlagern.

Über die bereits genannten Punkte hinaus beantragen wir ferner noch, die Sanierung des Schuldaches im Bereich Pausenhof der August-Lämmle-Schule hinauszuschieben. Die notwendigen und kostenintensiven Arbeiten am eigentlichen Schulgebäude sind unserer Erkenntnis zufolge abgeschlossen.

Für das Bürgeramt halten wir eine maßvolle Verringerung der Öffnungszeiten mit dem Ziel, Personalkosten einzusparen, für vertretbar.

Einsparpotential sehen wir auch in der Zentralisierung der Kindergartenverwaltung. Durch den geplanten Neubau der zentralen Kindertageseinrichtung im westlichen Stadtpark ergibt sich die Möglichkeit, dort eine Verwaltungszentrale einzurichten, die auch die Verwaltung beispielsweise des nahegelegenen Martha- Johanna- Hauses mitumfasst.

Einsparungen könnten sich auch aus der Auflösung von nicht mehr vorzuhaltenden Haushaltsausgaberechten ergeben.

Darüber hinaus erwarten wir von der Verwaltung auch künftig Vorschläge zur weiteren Konsolidierung.

## **2. Steigerung der Einnahmen:**

Wie bereits dargelegt, zeigt uns die mittelfristige Finanzplanung insbesondere ab den Jahren 2014 fortfolgende auf, dass erheblich Ersatzdeckungsmittel erforderlich sind.

Realismus bedeutet für uns in diesem Kontext, dass wir als Stadt auch Einnahmepotenziale schaffen müssen, wo wir die Handlungsmöglichkeit haben.

Deshalb sollten wir es uns zu Nutze machen, dass wir in einer der wirtschaftsstärksten Regionen Europas leben. Auch wenn mittelfristig in Deutschland mit einem Rückgang der Einwohnerzahlen gerechnet wird, gehen die Statistiker für unsere Region noch von einem Anstieg der Bevölkerungszahl aus. Vor diesem Hintergrund sehen wir Bedarf und zugleich wirtschaftliche Notwendigkeit für die moderate Ausweisung zusätzlicher Flächen für Wohnbauland.

Bindung vorhandener Einwohner und Bevölkerungsanstieg würden dann zu einem höheren Grundsteueraufkommen und zu höheren Schlüsselzuweisungen führen.

Auf Grund der Haushaltslage wären für solche neuen Bebauungspläne vorrangig geeignete städtische und innerstädtische Flächen zu mobilisieren. Wir sind daher der Auffassung, dass umgehend mit der Erstellung eines Bebauungsplanes für den Bereich Stadtmitte / Berlinerstraße begonnen werden soll. Wir hätten dann Einnahmen für Grundstücksveräußerungen ab den Jahren 2014 als Ersatzdeckungsmittel für den Haushaltsausgleich zur Verfügung.

Im Anschluss daran sollten nach unserer Meinung die Weichen für die Bebauung der alten Autobahntrasse östlich der Berlinerstraße gestellt werden. Vor diesem Hintergrund sind weitere Investitionen in den Ausbau der entsprechenden Flächen zur Freizeitnutzung zu unterlassen.

Einen weiteren Baustein zur mittelfristigen Haushaltskonsolidierung sehen wir in der Schaffung einer neuen Gewerbefläche. Zeitnah ist hier die im Flächennutzungsplan ausgewiesene Erweiterungsfläche in Höfingen im Bereich der Röntgenstraße umzusetzen. In vorhandenen Gewerbegebieten ist im Bereich der Bauleitplanung auf die Bedürfnisse des Marktes einzugehen. Insbesondere für das Gewerbegebiet Hertich sind, was die konkrete Nutzungsmöglichkeit anbelangt, die Vorschriften zu restriktiv. Das Bauplanungsrecht sollte dort schnellstmöglich angepasst werden.

Tatsache ist weiter, dass wir, um die bereits ortsansässigen Firmen zu halten, eine zusätzliche Gewerbefläche in der Größenordnung von ca. 10 Hektar benötigen. Vor diesem Hintergrund wundert es uns, dass hier seitens großer Teile des Gemeinderates eine Entscheidung auf die lange Bank geschoben wird und teilweise auch keine Kompromissbereitschaft besteht. Wer so handelt, gefährdet die weitere Entwicklung unserer Stadt.

Stark verbesserungsbedürftig ist die Bewerbung der noch vorhandenen restlichen städtischen Gewerbeflächen im Hertich und in den Riedwiesen. Auch diese wären zu angemessenen Preisen veräußerbar, wenn die mögliche Nutzung an den aktuellen Marktbedürfnissen orientiert wäre und zudem die Bewerbung seitens der Verwaltung so stattfände, dass insgesamt ein positiver Eindruck gegenüber Interessenten entsteht. Hierzu ist es zum einen nötig, dass selbst ein unbebautes Grundstück einen gepflegten Eindruck macht und überdies für Dritte erkennbar ist, dass das Grundstück zum Verkauf steht. Erforderlich ist, dass die entsprechenden Werbetafeln lesbar wären und nicht bis zur Unleserlichkeit zugewachsen. Für eine umfassende und erfolgreiche Wirtschaftsförderung ist es unabdingbar, dass Interessenten zeitnah Flächen angeboten werden können.

Wirtschaftsförderungsmaßnahmen, die nur im Hintergrund stattfinden und so von nahezu niemanden bemerkt werden sind nicht dazu geeignet, eine positive Gesamtstimmung zu erzeugen. Auch hier sollte offensiver vorgegangen werden.

Der Unternehmerempfang am 10.11.11 war ein richtiger Schritt in diese Richtung.

Um sowohl der künftigen flächenmäßigen Entwicklung wie auch der künftigen Positionierung im Umland gerecht zu werden, sehen wir es als notwendig an, einen Masterplan, der bis in das Jahr 2030 reicht, auf den Weg zu bringen. Es sind hier unter der Berücksichtigung der demografischen Entwicklung die Zielsetzungen für unsere Stadt zu definieren. An Hand dieser Zielsetzungen können dann weitere Maßnahmen oder auch Konsolidierungsrunden ausgerichtet werden.

Insbesondere vor dem Hintergrund unserer finanziellen Lage sehen wir es nach wie vor als notwendig an, einen Strategieplan unserer Finanzen, der bis ca. ins Jahr 2020 reicht, aufzustellen.

Ich hatte bereits im Frühjahr gesagt, dass es uns nur dann langfristig gelingen wird, Gestaltungsmöglichkeiten zurück zu erlangen, wenn wesentliche Teile unseres Handels nicht mehr vom Verwalten von Schulden bestimmt sind.

An die Mitglieder im Gemeinderat ergeht die dringende Aufforderung, konstruktiv an den Planungen zur künftigen Entwicklung der Stadt mitzuwirken. Dies gilt nicht nur, aber auch für die Schaffung eines neuen Gewerbegebietes. Das Aussitzen von Problemen löst diese nicht immer.

Besser ist es, Probleme zu analysieren und das hierdurch Erlernte im Rahmen künftiger Entscheidungen zu berücksichtigen.

Charles Maurice de Talleyrand hat es wie folgt formuliert:“ Man muss die Zukunft im Sinn haben und die Vergangenheit in den Akten. ”

Schauen Sie zusammen mit uns Freien Wählern nach Vorne und helfen sie mit, Leonberg zukunftsfähig zu machen.

Der Verwaltung, insbesondere der Kämmerei, danke ich für die Erstellung und Erläuterung des Planentwurfes.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Dr. Axel Röckle, Fraktionsvorsitzender

## -Anlage Liste-

Anlage zur Haushaltserklärung der Fraktion der Freien Wähler zum Haushalt 2012/ Stadt Leonberg:

- Aktivierung städtischer Flächen im Rahmen von Bebauungsplänen zur Beschaffung von Ersatzdeckungsmitteln

- Planung und Ausweisung eines Gewerbegebietes

- Erweiterung Gewerbegebiet Höfingen im Bereich Pfad

- Überprüfung von Effektivität und Wirtschaftlichkeit der Verwaltung:

Hier insbesondere Baubetriebshof mit dem Ziel der Reorganisation

- Streichung der Maßnahme Sanierung Gerlingerstraße

- Streichung der Maßnahme Pausenhof / Schuldach August Lämmle Schule

- Zentralisierung der Kindergartenverwaltung: Hier Neubauzentrale

Kindertageseinrichtung Stadtpark, Einbeziehung der Verwaltung des Martha- Johanna Hauses

- Auflistung sämtlicher und Auflösung nicht mehr vorzuhaltender

Haushaltsausgabereise

- Entwurf eines Strategieplanes Leonberg 2030 unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung

- Strategieplan für die Entwicklung der städtischen Finanzen für die Zeit nach 2015

- Deckelung der Ausgaben für die Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen im Bereich des Baubetriebshofes Landschaftspflege auf Euro 220.000,- (Einzelplan 7 Unterabschnitt 7701, Nr.935300)

- Orientierung bei der Neuaufstellung von Bebauungsplänen insbesondere im Bereich von Gewerbegebieten an Marktbedürfnissen ; hier schnellstmögliche Änderung des Bebauungsplanes Hertich

- Optimierung der Bewerbung von zur Veräußerung stehenden städtischen Immobilien Hertich und im Gewerbegebiet am Autobahndreieck